

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der

Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 25.06.2004, 17:06 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, - entschuldigt -
Christine
Herr Stadtrat Biver, Nico
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte - entschuldigt -
Herr Stadtrat Dr. Kahle, Franz
Herr Kemmler, Jan
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.
Marlis
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz
Frau Wölk, Marianne
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon
Herr Aab, Peter
Herr Acker, Matthias
Herr Becker, Reinhold
Frau Brahms, Karin
Herr Chatzievgeniou, Pandelis
Frau Daser, Dagmar
Herr Hussein, Schaker
Frau Lotz-Halilovic, Erika
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,
Heinrich
Herr Meyer, Uwe - entschuldigt -
Herr Dr. Musket, Ralf
Frau Schlüter-Böhm, Julia
Frau Schröter, Roxane
Frau Schulze-Stampe, Ursula
Frau Seelig, Johanna
Frau Sell, Sonja
Herr Severin, Ulrich
Frau Dr. Weinbach, Kerstin
Frau Dersch, Christine
Frau Gottschlich, Hannelore
Herr Heck, Hermann
Herr Heubel, Christian
Frau Kaufmann, Anita - entschuldigt -
Herr Kissel, Winfried
Herr Lohse, Ingo
Frau Mehnert, Ute - entschuldigt -
Frau Dr. Pötter, Claudia
Herr Rehlich, Jürgen

Frau Rising Hintz, Gunilla
Frau Röhrkohl, Anni
Frau Schaffner, Karin
Herr Scherer, August
Herr Usinger, Alexander
Herr Dr. Wulff, Reimer - entschuldigt -
Frau Dr. Baumann, Petra
Herr Flohrschütz, Rainer
Herr Göttling, Dietmar
Herr Keller, Manfred
Frau Lakner, Anna Katharina
Frau Laßmann, Alev
Herr Markus, Jürgen
Frau Neuwohner, Elke
Frau Perabo, Dr. Christa
Herr Schäfer, Wolfram
Frau Gottschaldt, Eva Christiane - entschuldigt -
Frau Kolter, Astrid
Herr Köster-Sollwedel, Henning
Herr Metz, Peter
Frau Richter, Anke
Herr Faecks, Fridhelm
Herr Schwindack, Frédéric
Herr Zaun, Herbert
Frau Oppermann, Anne
Herr Röllmann, Jan-Bernd
Frau Schwebel, Gerlinde
Herr Wüst, Wilfried
Herr Dr. Huesmann, Gregor
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

- 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden
- 2 Genehmigung der Niederschrift
- 3 Ergänzungen der Tagesordnung
- 4 Fragestunde
- 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr.1 06/04)
Vorlage: VO/0447/2004
- 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr.2 06/04)
Vorlage: VO/0421/2004
- 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr.3 06/04)
Vorlage: VO/0401/2004
- 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr.4 06/04)
Vorlage: VO/0416/2004
- 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.5 06/04)
Vorlage: VO/0412/2004
- 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.6 06/04)
Vorlage: VO/0420/2004
- 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr.7 06/04)
Vorlage: VO/0450/2004
- 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Christine Dersch (Nr.8 06/04)
Vorlage: VO/0424/2004
- 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr.9 06/04)
Vorlage: VO/0430/2004
- 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr.10 06/04)
Vorlage: VO/0428/2004
- 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr.11 06/04)
Vorlage: VO/0429/2004
- 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.12 06/04)
Vorlage: VO/0437/2004
- 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.13 06/04)
Vorlage: VO/0445/2004
- 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.14 06/06)
Vorlage: VO/0452/2004
- 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.15 06/04)
Vorlage: VO/0435/2004
- 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.16 06/04)
Vorlage: VO/0451/2004
- 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.17 06/04)
Vorlage: VO/0436/2004
- 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr.18 06/04)
Vorlage: VO/0444/2004
- 5 Erstwohnsitze von Studierenden in Marburg
Vorlage: VO/0365/2004
- 6 Namensgebung für die Grundschule Schröck-Bauerbach
Vorlage: VO/0136/2004
- 7 Jahresabschluss des Fachdienstes Bäder zum 31.12.2003
Vorlage: VO/0394/2004
- 8 Marburger Ortsrecht
hier: Neufassung der Entgeltordnung für das Sport- und Freizeitbad AquaMar
sowie für die Hallenbäder Marbach und Wehrda

Vorlage: VO/0398/2004
- 9 Dringlichkeitsanträge
- 10 Anträge der Fraktionen
- 10.1 Antrag der BfM-Fraktion betr. Hohe Leuchte / Umdrehen der

- Vorfahrtsberechtigung
Vorlage: VO/0299/2004
- 10.2 Antrag der Fraktionen CDU, BfM und FDP betr. Außerplanmäßige Ausgabe für den Umbau Café Trauma und Anbau TNT
Vorlage: VO/0393/2004
- 10.3 Antrag der MBL-Fraktion betr. Verwaltungskosten Gender Mainstreaming
Vorlage: VO/0400/2004
- 10.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Marktfrühschoppen
Vorlage: VO/0404/2004
- 10.5 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Einrichtung von Reisebus-Parkplätzen in der Innenstadt
Vorlage: VO/0408/2004
- 10.6 Antrag der CDU-Fraktion betr.: Umstrukturierung der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0409/2004
- 10.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr.:Umwandlung von Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen in der Oberstadt
Vorlage: VO/0410/2004
- 11 Kenntnisnahmen
- 11.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2004 hier: Hst. 3320/9400 'Umbau Café Trauma und Anbau TNT'
Vorlage: VO/0363/2004
- 11.2 Vereinbarung zwischen dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Stadt Marburg zur Neustrukturierung der Behindertenhilfe für Menschen mit körperlicher Behinderung im Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Stadt Marburg mit dem Schwerpunkt Persönliches Budget.
Vorlage: VO/0342/2004
- 11.3 Marburger Sozialdatenbericht 2003
Vorlage: VO/0381/2004
- 11.4 Kostenfeststellung zum Neubau des Niedrigenergiebades AquaMar
Vorlage: VO/0390/2004

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer eröffnet die Sitzung um 17:06 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Mai 2004 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Das Protokoll wird in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 **Ergänzungen der Tagesordnung**

Keine Vorlagen.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr.1 06/04)
Vorlage: VO/0447/2004**

Ist dem Magistrat bekannt, dass der immer noch nicht in Angriff genommene Ausbau der Straße Wäldchesborn weiterhin für sehr viel Unmut unter den Anrainern sorgt, und wann gedenkt er hier Abhilfe zu schaffen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Um zu vermeiden, dass frühzeitig endausgebaute Straßen in Neubaugebieten durch wiederholtes Aufreißen für noch herzustellende Hausanschlüsse an vielen Stellen in ihrem Aufbau erheblich geschädigt werden und zur Vermeidung vieler hässlicher Flickstellen auf der neuen Straße, lässt die Stadt Marburg den Endausbau von Straßen nicht durchführen, bevor mindestens 80 % der Anliegergrundstücke verkauft und bebaut sind. Daran muss sich auch die SEG halten, die für das Neubaugebiet Gisselberg-Nord, Straße Wäldchesborn zuständig ist. Dieser Zusammenhang wurde im Rahmen kleiner Anfragen bereits mehrfach erläutert.

Die SEG hat jetzt mitgeteilt, dass im Laufe des Sommers 2004 die o.g. Marke überschritten werden wird. Deshalb beabsichtigt die SEG noch in diesem Jahr den Endausbau vorzunehmen. Zuvor soll aber auch noch abgewartet werden, bis die verschiedenen privaten Bautätigkeiten auf Grundstücken durchgeführt sind, da während des Endausbaus mit umfangreichen Pflasterarbeiten für wenige Wochen die Erreichbarkeit der Grundstücke zumindest für LKW's/Baufahrzeuge eingeschränkt sein wird.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Rehlich – CDU-Fraktion wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.2 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr.2 06/04)
Vorlage: VO/0421/2004**

Kann der Magistrat inzwischen genauere Auskunft darüber geben, wann nunmehr mit dem Endausbau der Straße Helwigswiese in Gisselberg zu rechnen ist?

Es antwortet der Bürgermeister:

Das Baugebiet Helwigswiese wird durch den Investor Fa. Fingerhaus GmbH ausgebaut.

Nach Rücksprache mit dem für den Investor tätigen Ingenieurbüro wird der Endausbau erst im Jahre 2005 ausgeführt. Bis dahin sollen alle Baulücken

bebaut sein.

zu 4.3 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr.3 06/04)**
Vorlage: VO/0401/2004

Laut ZDF-Videotext vom 17. und 18.05.2004 hat die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bis zur Wende unter strengster Geheimhaltung eine paramilitärische Elite für den Nahkampf in westdeutschen Großstädten ausbilden lassen. Das geht aus jetzt rekonstruierten Aktenfunden der Stasiunterlagen-Behörde hervor, so die Behördenchefin Birthler.

Hat der Magistrat Erkenntnisse, ob auch damalige DKP-Mitglieder aus Marburg eine derartige paramilitärische Ausbildung absolviert haben und welche Gefährdungen für die Marburger Bevölkerung bestanden haben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Eine Rückfrage bei der Polizei Marburg ergab, dass keine Erkenntnisse vorliegen, nach denen Marburger DKP-Mitglieder eine paramilitärische Ausbildung absolviert haben.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Kissel – CDU-Fraktion wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.4 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr.4 06/04)**
Vorlage: VO/0416/2004

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, auf erwachsene Radfahrer/-innen dahingehend einzuwirken, dass sie den Bürgersteig in der Elisabethstraße nicht befahren - und stimmt er der Auffassung zu, dass diese Unsitte, insbesondere für ältere Personen, nicht nur eine erhebliche Belästigung, sondern auch eine Gefährdung darstellt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach § 2 Abs. 5 Straßenverkehrsordnung (StVO) müssen Kinder bis zum vollendeten achten Lebensjahr, ältere Kinder bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr dürfen mit Fahrrädern Gehwege benutzen. Die Radfahrer/-innen, die den Gehweg in der Elisabethstraße gesetzeswidrig benutzen, stellen für die Fußgänger/-innen eine Verkehrsgefährdung dar.

Diesbezüglich verstärkte Verkehrskontrollen scheiden derzeit aus personellen Gründen aus.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein – SPD-Fraktion wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.5 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.5 06/04)**

Vorlage: VO/0412/2004

Bei der Veranstaltung der "Ladenleerstände" in der Oberstadt bzw. Innenstadt wurde mehrfach das Thema "Einheitliche Öffnungszeiten" angesprochen. Ist der Magistrat bereit, in Gesprächen mit den betroffenen Geschäftsleuten/Inhabern einheitliche (und damit im Schnitt längere) Öffnungszeiten während der Woche und speziell an Samstagen zu erreichen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat sich bereits in der Vergangenheit für einheitliche Öffnungszeiten sowohl in Workshops als auch in Gremien des Einzelhandels engagiert eingesetzt. Wie auch in anderen Städten ist der Erfolg bescheiden bzw. nicht von Dauer gewesen.

Im Rahmen des jetzt mit Hilfe des Landes Hessen angestrebten Modellprojekts "Standortaufwertung durch Eigeninitiative" soll nunmehr ein weiterer Versuch unternommen werden, gemeinschaftliches Handeln der Geschäftsleute bei den Ladenöffnungszeiten zu erreichen.

zu **4.6** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.6 06/04)**
Vorlage: VO/0420/2004

Anfrage bezüglich einer Gedenktafel für die Frühromantikerin Caroline Schlegel-Schelling, die von 1789 - 1792 in Marburg im Haus Reitgasse 14 (ehemals „Bopp Terrassen“) lebte. Eine Gedenktafel ist bis heute am Haus Reitgasse 14 nicht angebracht. Anfrage: Ist der Magistrat bereit, eine Gedenktafel dort anbringen zu lassen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Der Fachdienst Kultur hat in der Vergangenheit zahlreiche Erinnerungstafeln zu berühmten weiblichen und männlichen Personen innerhalb des Stadtgebietes an Privathäusern und öffentlichen Gebäuden anbringen lassen. Auch Caroline Schlegel-Schelling war unter den ausgewählten Personen. Das Gebäude, in dem sie lebte, existiert nicht mehr. Da für jede Erinnerungstafel die Einverständniserklärung der/des Eigentümer/s eingeholt werden muss, die Eigentümer des jetzigen Hauses Reitgasse 14 seinerzeit mit einer Anbringung jedoch nicht einverstanden waren, ist diese Erinnerungstafel nicht erstellt worden.

Einen „Ersatz“ für diese Erinnerungstafel wird es in Kürze geben: Derzeit wird der Internetauftritt der Stadt Marburg neu konzipiert und in den nächsten Wochen freigeschaltet. Hier findet sich dann unter der Rubrik „Tourismus und Kultur“ ein Link unter dem Titel „Marburger Berühmtheiten von A - Z“. Hierbei wird auch Caroline Schlegel-Schelling ausführlich vertreten sein.

zu **4.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr.7 06/04)**
Vorlage: VO/0450/2004

In der Oberhessischen Presse war zu lesen, dass die Kosten der Stadt Marburg für Kindergartenplätze im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden

unverhältnismäßig hoch sind, genannt wird ein Defizit pro Kindergartenplatz von 4.047,- €. Wie erklärt sich dies und sind in der Aufstellung der Stadt Marburg tatsächlich nur die Kosten für Kindergartenplätze enthalten?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die Aufstellung der OP enthält für die Stadt Marburg die im Haushalt 2004 eingestellten Kosten für die gesamte Kindertagesbetreuung einschließlich Kindertagesstätten, Kindergärten, Horten, Elterninitiativen und Krippen. Demgegenüber wurde bei der Platzzahl ausschließlich nach den Kindergartenplätzen gefragt. Insofern wird in der Aufstellung der OP eine verfälschende Umrechnung für die Defizite je Kindergartenplatz vorgenommen. Unabhängig davon sind aber noch eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen, die einen einfachen Vergleich der städtischen Kosten für Kindertagesstätten mit den Kreisgemeinden, wie er von der OP vorgenommen wurde, verbieten:

- Als Jugendhilfeträger muss die Stadt nach SGB VIII § 90 die KiTa-Gebühren übernehmen, wenn das Elterneinkommen unterhalb bestimmter Grenzen liegt. Diese Ausgaben – 2004 werden es voraussichtlich über 900.000 € sein – werden im Haushalt natürlich in die Kosten für Kindertagesbetreuung eingerechnet und erhöhen das Defizit. Für die anderen kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden die Gebühren durch den Landkreis als zuständiger Jugendhilfeträger übernommen und tauchen daher als defiziterhöhende Kosten in den jeweiligen kommunalen Haushalten nicht auf.
- Die Defizite je Platz hängen in erheblichem Maß von der jeweiligen Betreuungsdauer, dem Träger und der vertraglichen Übernahme von Defiziten freier Träger durch die Kommune ab. Das Defizit eines Ganztagesplatzes liegt erheblich höher als bei einem Halbtagsplatz, und die kommunalen Kosten sinken, wenn freie Träger Kindergärten betreiben, durch (zumindest i.d.R) einen Eigenanteil des Trägers und den gegenüber kommunalen Trägern höheren Landeszuschuss. Gegenüber den anderen kreisangehörigen Kommunen weist Marburg einen deutlich höheren Anteil an Mittags- und Ganztagesplätzen- zusammen rd. 50% der KiTa-Plätze – auf, wodurch die Marburger Defizite je KiTa-Platz auch entsprechend über denen anderer Städte und Gemeinden liegen müssen.

Ob die Kosten der Stadt Marburg im Vergleich also tatsächlich unverhältnismäßig hoch sind, lässt sich anhand der OP-Übersicht nicht ohne weiteres ableiten. Um diese Frage zu beantworten, müssen vielmehr die auf die einzelnen Kitas tatsächlich entfallenden Kosten im Vergleich aufgeschlüsselt werden nach Trägerschaft und Betreuungsdauer.

zu 4.8 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Christine Dersch (Nr.8 06/04)**
Vorlage: VO/0424/2004

Wie hoch ist die Wassertemperatur im Europabad Marbach in den Schwimmbecken und in den Duschen und wie hoch ist die Außentemperatur im Schwimmbad und in dem Umkleidebereich?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Wassertemperaturen im Europabad sind sehr schwer einzustellen, da das Überlaufwasser aus allen Becken in einem Schwallwasserbehälter gesammelt wird und es deshalb zu einer Vermischung kommt.

Energiesparend wird bei einem Aufheizvorgang nach einer Frischwassernachspeisung nur das Lehrschwimmbecken aufgeheizt. Dies geschieht automatisch über eine Pumpensteuerung, die bei 30°C abschaltet. Die anderen Becken haben nach einer solchen Aufheizung aufgrund der Mischungsverhältnisse ca. 28°C (Sportbecken) und 27°C (Sprungbecken). Diese relativ hohe Temperatur im Lehrschwimmbecken ist wegen der Anfängerschwimmausbildung von den Grundschulen gewünscht worden.

Die Schwimmhalle hat eine Lufttemperatur von ca. 29°C. In den Duschen herrscht eine Temperatur von ca. 28°C und in den Umkleidekabinen von 24°C. Während des Vereinstrainings werden die Temperaturen nochmals um ca. 2°C bis 3°C abgesenkt.

zu 4.9 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr.9 06/04)**
Vorlage: VO/0430/2004

Wann werden die im Zuge der Errichtung der Windkraftanlagen weggefallenen Ruhebänke in Wehrda wieder ersetzt?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Dem Fachbereich 4 Stadtgrün, Umwelt und Natur ist über den Verbleib der Bänke trotz intensiver Recherche nichts bekannt. Mit dem Ortsvorsteher Herrn Bergmann wurde ein kostengünstiges Verfahren für eine Neubeschaffung nach Abschluss der Baumaßnahme besprochen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Oppermann – CDU-Fraktion wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.10 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr.10 06/04)**
Vorlage: VO/0428/2004

Aus welchem Grund wurde das Wahllokal vom Landgericht in das Philipppshaus verlegt, das über keinen behindertengerechten Zugang verfügt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Landgericht konnte keine Räume zur Verfügung stellen, da in den entsprechenden Räumen Schulungen für die Gerichte im nordhessischen Bereich im Betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen SAP durchgeführt werden. Dies geschieht lt. Auskunft des Gerichts auf Anordnung der Hessischen Landesregierung.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Oppermann – CDU und Markus – Bündnis 90/Die Grünen werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr.11 06/04)**
Vorlage: VO/0429/2004

Findet der zuständige Dezernent, dass die Bepflanzung des Gitterwerkes am Elisabeth-Blochmann-Platz ihr angestrebtes und für die Verschönerung des Platzes erwünschtes Aussehen gefunden hat?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Wie bereits bei der letzten Anfrage im Oktober 2003 angekündigt, wurden die Beete mit Bodenverbesserungsstoffen versorgt, schwache Rankpflanzen wurden gegen stärkere Pflanzen ausgetauscht.

Schon jetzt in diesem Frühling ist zu sehen, dass die Pflanzung durchstartet und die Pergolen wie geplant locker und spielerisch begrünt. Auch die Lavendel am Fuss der Rankpflanzen haben sich prächtig entwickelt.

Die Planung hat vorgesehen, dass die Pergolen immer transparent bleiben und keine blickdichte grüne Wände bilden sollen.

2 Zusatzfragen der Stadtverordneten Riesing-Hinz – CDU-Fraktion und je 1 Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster – PDS/ML und Hussein – SPD-Fraktion werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.12** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.12 06/04)**
Vorlage: VO/0437/2004

Warum wird die Spielwiese zwischen Feldbergstraße und Vogelsbergstraße in Cappel so selten gemäht, dass aufgrund des hohen Grases das Spielen (Ballspiele, Federball etc.) dort kaum möglich ist?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die angesprochene Fläche wird als Wiese weniger gemäht und ist nicht als Spielrasen vorgesehen.

Der angrenzende Kinderspielplatz hat eine Rasenfläche, die als Spielbereich genutzt werden kann.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel – FDP-Fraktion wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.13** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.13 06/04)**
Vorlage: VO/0445/2004

Wann kann mit der Erneuerung des Straßenbelages am Schuhmarkt gerechnet werden, oder soll dieser zentrale Platz bei der Sanierung der Oberstadt ausgespart bleiben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Umsetzung der Maßnahme scheitert an 3 Sachverhalten:

- Die Sanierung der Erschließungsfläche ist städtebaulich wünschenswert, aber nicht dringlich, da es sich im wesentlichen nur um eine Oberflächensanierung handelt.
- Bei der Vielzahl der noch laufenden Sanierungsmaßnahmen sind z.Zt. alle Fördermittel bereits ausgeschöpft.
Darüber hinaus rangiert die Schuhmarkterneuerung in der Sanierungs-Dringlichkeits-liste an nachrangiger Stelle. Denn grundsätzlich werden bei der Sanierung der öffentlichen Erschließungsflächen diejenigen als vorrangig gewertet, bei den es sich vor allem um Struktur- und Funktionsflächensanierung handelt.
- Der Schuhmarkt ist ein ehemaliges Gräberfeld der Kirchengemeinde des Kil. Sollte eine Sanierung des Platzbereiches erfolgen, so muss damit gerechnet werden, dass – weit mehr als es bei der Sanierung der Reitgasse der Fall war – es zu einer sehr zeit-aufwendigen boden-archäologischen Untersuchung kommen die nicht mehr im Zeitrahmen der Sanierungsgebietsbindung (Gebietsaufhebung zum 31.12.2004) abgewickelt werden kann.

zu 4.14 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.14 06/06)**
Vorlage: VO/0452/2004

Ist der Magistrat in der Lage einen „Gewaltschutzbericht für die Stadt Marburg“ zu erstellen aus dem hervorgeht, wer in welcher Form von Gewalt betroffen ist und welche Verbesserungen sich aus Maßnahmen der Polizei und der Stadt in den letzten Jahren ergeben haben?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Seitens des Fachdienstes Jugendförderung fand am 23.09.03 ein Informationsaustausch zum Thema „Gewalt unter Jugendlichen“ statt. Das Thema wurde aus Sicht der freien Träger, kommunalen Jugend- / Sozialarbeit mit Vertretern der örtlichen und der Gießener Polizei erörtert.

Seitens des Hessischen Innenministeriums fand am 15.12.03 im Polizeipräsidium Mittelhessen unter Leitung des Hessischen Innenministers Bouffier eine Informationsveranstaltung zur Bildung eines „Netzwerkes gegen Gewalt“ statt. Dort wurde vereinbart, dass unter der Federführung des Landeskriminalamtes Wiesbaden das Thema weiter bearbeitet und dazu eingeladen wird.

Bis heute ist noch keine Einladung erfolgt.

Eine Gesamtbetrachtung des Themas kann u. E. nur gemeinsam mit den Fachbereichen Öffentl. Sicherheit u. Ordnung sowie Schule, Polizei und freien Trägern erfolgen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin – SPD und Gottschlich - CDU werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.15** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.15 06/04)**
Vorlage: VO/0435/2004

Wie viele „Wegweisungen“ nach dem Gewaltschutzgesetz hat es seit dessen Inkrafttreten in Marburg gegeben, und wie viele Frauen wurden im gleichen Zeitraum im Frauenhaus aufgenommen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Laut Statistik der Polizeidirektion Marburg wurden im Jahr 2003 insgesamt 14 sogenannte Wegweisungen nach § 31 Abs. 2 HSOG i.V. mit dem Gewaltschutzgesetz angeordnet. Im Jahr 2004 waren es bis heute 6 Wegweisungen.

Im Marburger Frauenhaus wurden in 2003 insgesamt 102 Personen (49 Frauen und 53 Kinder) aufgenommen.

8 Frauen wurden direkt nach einem Polizeieinsatz im Frauenhaus untergebracht. Weiteren 7 Frauen wurden nach dem Polizeieinsatz zunächst eine Beratung angeboten. 3 dieser 7 Frauen entschlossen sich danach zu einem Aufenthalt im Frauenhaus.

zu **4.16** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.16 06/04)**
Vorlage: VO/0451/2004

Wie wurde der einstimmige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung „Unterstützung der Proteste gegen Rechtsextremisten“ (Vorlage VO/03747/2004) vom 28.05.2004 vom Magistrat umgesetzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Mai wurde den Fachdiensten

Presse, Gefahrenabwehr, Schule, Kultur, Soziales und Jugend zugeleitet und wird von diesen entsprechend ausgeführt.

Es wird eine gemeinsame Veranstaltung vorbereitet.

Dies braucht einige Zeit, wenn die Organisation seriös erfolgen soll.

Wie der Fachdienst Gefahrenabwehr mitteilt, sind derzeit keine Veranstaltungen von Rechtsextremisten angemeldet.

Zur Sache spricht auch der Bürgermeister.

zu **4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.17 06/04)**
Vorlage: VO/0436/2004

Kann der Magistrat der Stadt Marburg Auskunft über den Verbleib der Ruhebänke am Marktplatz geben und wann werden sie wieder aufgestellt?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die Sitzbank vor dem Haus der Romantik wird baldmöglichst wieder aufgestellt.

Die beiden Sitzbänke am Marktbrunnen sind nicht mehr auffindbar, höchstwahrscheinlich wurden sie gestohlen.

Eine Ersatzbank hat die Stadt auf Lager, es soll für sie ein geeigneter Standort gesucht werden, auf dem sie ortsfest und unverrückbar montiert werden kann.

Das Auf- und Abbauen von Sitzbänken für Veranstaltungen hat sich nicht bewährt. Das Material verschleißt sich und logistisch ist es zu kostenintensiv. In Zukunft sollte daher auf ein Auf- und Abbauen von Sitzbänken für Veranstaltungen verzichtet werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster – PDS/ML-Fraktion wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.18 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr.18 06/04)**
Vorlage: VO/0444/2004

Anwohner der Großseelheimer Straße beschwerten sich über den Lärm, den Baustellenfahrzeuge des Klinikums verursachen. Vor allem im unteren Bereich der Großseelheimer Straße, wo sich die Straßendecke in einem schlechten Zustand befindet, wird der Lärm als sehr störend empfunden. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat hier Abhilfe zu schaffen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Der Straßenzustand der Großseelheimer Straße ist ab dem Pulverturm bis zur Einmündung „An der Schanze“ reparaturbedürftig. In der Fahrbahnoberfläche sind durch Verschiebungen Querrillen entstanden. Diese führen bei den Fahrzeugen zu einer Rüttelwirkung.

Durch Materialprüfungen und Prüfung der Aufbaustärken wurde festgestellt, dass die vorhandenen Asphaltdecken zu dünn sind, um durch einfaches Abfräsen die Rillen zu beseitigen. Die vorhandenen Schäden können nur durch eine grundlegende Erneuerung des Straßenabschnittes beseitigt werden. Mittel stehen dafür momentan nicht zur Verfügung.

Eine Sperrung der Landesstraße für Baustellenfahrzeuge kann nicht in Erwägung gezogen werden.

zu 5 **Erstwohnsitze von Studierenden in Marburg**
Vorlage: VO/0365/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion. Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss wie folgt geändert worden:

Bei Ziffer 4, 2. Absatz wird folgende Formulierung vereinbart:

Neben dem einmaligen Eintritt für Cineplex und AquaMar ist vorgesehen, allen Anspruchsberechtigten einmalig einen Betrag in Höhe von 100,- € zu erstatten.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Bezug: Nr. 5 TO.A vom 10.5.2004

Textänderungen in der neuen Vorlage sind kursiv dargestellt

Der Magistrat wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die im UA 1111 / Stadtbüro vorgesehenen Mittel für die Semesterkarte werden ab dem 01.08.2004 für eine neue Initiative z. Vfg. gestellt, die noch mehr Studierende veranlassen soll, in Marburg den Erstwohnsitz anzumelden.
2. Die bisherige Erstattung des Semesterticketzuschusses von zuletzt 11 € pro Semester entfällt spätestens zum 31.07.2004 für das Sommersemester 2004.
Der zu erwartende Haushaltsausgaberest wird nach 2005 übertragen.
3. Die Haushaltsstelle trägt in Zukunft die Bezeichnung „@home in Marburg“.
4. Alle Studierenden die ab dem 01.08.2004 erstmals ihren Erstwohnsitz in Marburg anmelden oder die bisher die in Marburg registrierte Nebenwohnung erstmals zur Hauptwohnung erklären, erhalten als „Danke Schön“ der Stadt einmalig einen Gutschein „@home in Marburg“.

Neben dem einmaligen freien Eintritt für Cineplex und Aquamar ist vorgesehen, allen Anspruchsberechtigten einmalig einen Barbetrag in Höhe von 100 € zu erstatten.

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kann man davon ausgehen, dass ca. die Hälfte der neueingeschriebenen Studierenden zur Anmeldung kommt (im vergangenen Rekordjahr haben sich insgesamt 4.900 Erstsemester eingeschrieben).

Da zum heutigen Zeitpunkt aber nicht abzusehen ist, wie viele Studierende tatsächlich von dem Angebot Gebrauch machen, sind Mehrausgaben in 2005 durch eine überplanmäßige Ausgabe sicherzustellen.

Die Ausgabe des Neubürger-Couponheftes an alle Neuangemeldeten bleibt hiervon unberührt.

5. Das Stadtbüro wird beauftragt, Anfang des Jahres 2006 einen Bericht über die Akzeptanz der Maßnahme vorzulegen.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser – SPD-Fraktion. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei 4 Nein-Stimmen aus der CDU-Fraktion und Enthaltungen aus der CDU-Fraktion und 1 Enthaltung aus der PDS-Fraktion, 1 Ja-Stimme aus der CDU-Fraktion und Ja-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Grundschule Schröck-Bauerbach wird der Name

„Tausendfüßlerschule“

verliehen.

zu 7 **Jahresabschluss des Fachdienstes Bäder zum 31.12.2003**
Vorlage: VO/0394/2004

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 8 und 11.4 aufgerufen und behandelt.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet zum Tagesordnungspunkt 7 der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Aussprache wurde im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 8 „Marburger Ortsrecht“ beantragt. Im Rahmen der Beratungen sprechen Bürgermeister Vaupel und die Stadtverordneten Heubel – CDU, Köster – PDS/ML, Neuwohner – Bündnis 90/Die Grünen, Röllmann – FDP, Acker – SPD, Ludwig – MBL und für den Magistrat erneut der Bürgermeister, sowie der Oberbürgermeister.

Während der Aussprache hat von 18:24 bis 19:08 die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Ursula Schulze-Stampe – SPD-Fraktion die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst zum Tagesordnungspunkt 7 einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Fachdienst (FD) Bäder zum 31.12.2003 wird mit einer

Bilanzsumme von 302.500,17 EUR und einem Jahresüberschuss von 7.877,88 EUR festgestellt.

2. Zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung wird der Jahresüberschuss in voller Höhe der Gewinnrücklage zugeführt.

3. Der Fachdienstleitung wird für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung erteilt.

zu 8 **Marburger Ortsrecht
hier: Neufassung der Entgeltordnung für das Sport- und Freizeitbad
AquaMar sowie für die Hallenbäder Marbach und Wehrda**

Vorlage: VO/0398/2004

Die Vorlage wurde zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 7 und 11.4.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Die Aussprache wurde bereits im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 7 durchgeführt, so dass nur noch über die Vorlage abzustimmen ist.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU; Nein-Stimmen der PDS/ML und Enthaltung der Fraktionen BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

**Der beigefügten Neufassung der Entgeltordnung für die Benutzung
des Sport- und Freizeitbades AquaMar sowie der Hallenbäder
Marbach und Wehrda wird zugestimmt.**

zu 9 **Dringlichkeitsanträge**

zu 10 **Anträge der Fraktionen**

zu 10.1 **Antrag der BfM-Fraktion betr. Hohe Leuchte / Umdrehen der
Vorfahrtsberechtigung
Vorlage: VO/0299/2004**

Der Antrag wurde im Umweltausschuss zurückgezogen.

Eine Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung erübrigt sich daher.

zu 10.2 **Antrag der Fraktionen CDU, BfM und FDP betr. Außerplanmäßige Ausgabe
für den Umbau Café Trauma und Anbau TNT
Vorlage: VO/0393/2004**

Der Antrag wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 11.1
„Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2004

hier: Hst. 3320/9400 "Umbau Café Trauma und Anbau TNT""

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse – CDU-Fraktion. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser – SPD-Fraktion. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion. Auch dieser Ausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen der Oberbürgermeister, die Stadtverordneten Röllmann - FDP, Faecks –BfM und für den Magistrat Bürgermeister Vaupel.

Der Stadtverordnete Faecks hat für seine Fraktion die Vorlage als erledigt erklärt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, BfM, FDP und MBL; bei Nein-Stimmen aus den Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS/ML folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu **10.3** **Antrag der MBL-Fraktion betr. Verwaltungskosten Gender Mainstreaming**
Vorlage: VO/0400/2004

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss behandelt worden. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratungen sprechen der Oberbürgermeister, sowie die ehrenamtliche Stadträtin Dr. Sewerin-Wollanek für den Magistrat. Ferner spricht der Stadtverordnete Huesmann – MBL-Fraktion. Er erklärt für seine Fraktion den Antrag als erledigt.

Weiter sprechen die Stadtverordneten Wölk – SPD, Dr. Baumann – Bündnis 90/Die Grünen, Schwebel – FDP und Gottschlich – CDU.

Eine Abstimmung erübrigt sich, da der Antrag für erledigt erklärt wurde.

zu **10.4** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Marktfrühschoppen**
Vorlage: VO/0404/2004

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Anschließend hat sich der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung mit der Vorlage befasst. Der

Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus dem Ältestenrat. Der Ältestenrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussformulierung zu beschließen:

Der Magistrat und die Stadtverordneten der Stadt Marburg setzen sich ein, für Toleranz in der politischen Auseinandersetzung um den Marktfrühschoppen und appellieren ausdrücklich an alle Beteiligten, von jeglicher Art von Gewaltanwendung abstand zu nehmen.

Dieser neuen Beschlussempfehlung sind alle Fraktionen beigetreten mit Ausnahme der PDS/ML-Fraktion.

Die PDS/ML hat erklärt, sich der Stimme zu enthalten.

Die neue Antragsfassung ist allen Stadtverordneten auf die Plätze gelegt worden.

Die CDU-Fraktion hat im Ältestenrat Wert darauf gelegt, eine Aussprache durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache.

Es sprechen die Stadtverordneten Oppermann – CDU, Röllmann – FDP, Dr. Weinbach – SPD, Metz – PDS/ML, Köster – PDS/ML, der Stadtverordnetenvorsteher, sowie der Oberbürgermeister.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die neue Antragsformulierung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat und die Stadtverordneten der Stadt Marburg setzen sich ein, für Toleranz in der politischen Auseinandersetzung um den Marktfrühschoppen und appellieren ausdrücklich an alle Beteiligten, von jeglicher Art von Gewaltanwendung abstand zu nehmen.

zu **10.5** **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Einrichtung von Reisebus-Parkplätzen in der Innenstadt**
Vorlage: VO/0408/2004

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Bündnis 90/Die Grünen. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse – CDU-Fraktion. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, vorhandene Reisebus-Parkplätze in der Innenstadt als Kurzzeitparkplätze dort auszuweisen, wo Belästigungen der Anwohner und Nutzungsengpässe bestehen und in gleicher Weise weitere Ein- und Ausstiegsplätze für Busreisende einzurichten. Dauerparkplätze und Kurzzeitparkplätze für Reisebusse sind so zu verlagern und neu auszuweisen, dass die dort haltenden Busse keine Beeinträchtigung für

Anwohner darstellen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser neuen Antragsfassung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Änderung des Antrages aus dem Bau- und Planungsausschuss übernommen und empfiehlt die Zustimmung zu diesem geänderten Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, vorhandene Reisebus-Parkplätze in der Innenstadt als Kurzzeitparkplätze dort auszuweisen, wo Belästigungen der Anwohner und Nutzungsengpässe bestehen und in gleicher Weise weitere Ein- und Ausstiegsplätze für Busreisende einzurichten. Dauerparkplätze und Kurzzeitparkplätze für Reisebusse sind so zu verlagern und neu auszuweisen, dass die dort haltenden Busse keine Beeinträchtigung für Anwohner darstellen.

zu **10.6** **Antrag der CDU-Fraktion betr.: Umstrukturierung der Stiftung St. Jakob**
Vorlage: VO/0409/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie weit die Umstrukturierung der Stiftung St. Jakob gediehen ist.

zu **10.7** **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr.:Umwandlung von Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen in der Oberstadt**
Vorlage: VO/0410/2004

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzender Stadtverordneter Lohse – CDU-Fraktion.

Der Beschlusstenor der Antrages wurde im Bau- und Planungsausschuss ergänzt. Der Ausschuss empfiehlt nunmehr, der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Marburg berichtet einmal jährlich darüber, ob in Folge des von der hessischen Landesregierung abgeschafften Wohnraum Zweckentfremdungsverbots in der Innenstadt Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen umgewandelt wird.

Aussprache wurde im Bau- und Planungsausschuss angemeldet.

Zur Sache sprechen der Stadtverordnete Markus – Bündnis 90/Die Grünen,

Oberbürgermeister Möller für den Magistrat, sowie die Stadtverordneten Wüst – FDP und Oppermann – CDU.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, PDS/ML und MBL und bei Nein-Stimmen der FDP und der BfM folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg berichtet einmal jährlich darüber, ob in Folge des von der hessischen Landesregierung abgeschafften Wohnraum Zweckentfremdungsverbots in der Innenstadt Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen umgewandelt wird.

zu 11 Kenntnisnahmen

**zu 11.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2004
hier: Hst. 3320/9400 'Umbau Café Trauma und Anbau TNT'
Vorlage: VO/0363/2004**

Die Vorlage wurde zusammen behandelt mit dem Tagesordnungspunkt 10.2.

Es wurde eine Aussprache durchgeführt.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 11.2 Vereinbarung zwischen dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Stadt Marburg zur Neustrukturierung der Behindertenhilfe für Menschen mit körperlicher Behinderung im Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Stadt Marburg mit dem Schwerpunkt Persönliches Budget.
Vorlage: VO/0342/2004**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 11.3 Marburger Sozialdatenbericht 2003
Vorlage: VO/0381/2004**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 11.4 Kostenfeststellung zum Neubau des Niedrigenergiebades AquaMar
Vorlage: VO/0390/2004**

Die Vorlage wurde aufgerufen zusammen mit den Tagesordnungspunkten 7 und 8 und im Rahmen einer Aussprache beraten.

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten und zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:23 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Weinbach
Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle